

## ***Kolumbien-aktuell***

**No. 478    25. September 2008**

### **1. Menschenrechte:**

- **Erfolge im Kampf gegen die Straflosigkeit**
- **Neue Serie von Angriffen gegen die MenschenrechtsverteidigerInnen**
- **Aufruf an die Behörden und die internationale Gemeinschaft**

### **2. Chronologie: 1. – 15. September 2008**

*Verfasser:*

Observatorio de derechos humanos y derecho humanitario de la  
Coordinación Colombia-Europa-Estados Unidos  
Av. Carrera 22 No. 37-54, Park Way, Bogotá  
Tel. 00571 288 71 87  
e-mail: [coeuropa@etb.net.co](mailto:coeuropa@etb.net.co)  
Internet: [www.ddhhcolombia.org.co](http://www.ddhhcolombia.org.co)

*Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:*

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz  
e-mail: [fachstelle.luzern@askonline.ch](mailto:fachstelle.luzern@askonline.ch) Internet: [www.askonline.ch](http://www.askonline.ch)

## **1. Menschenrechte: Erfolge im Kampf gegen die Straflosigkeit**

*Im Gedenken an EVER GONZALEZ, Menschenrechtsverteidiger des Departements Cauca, Führungsperson des Komitees für die Integration des Macizo Colombiano CIMA, ermordet von gedungenen Killern am 20. September 2008 während seiner Arbeit im Rahmen der Aufklärung von aussergerichtlichen Hinrichtungen gegen Indigene und Bauern im Dep. Cauca. Ever González führte diese Arbeit in Koordination mit der Ombudsstelle für Menschenrechte (Defensoría) und den Familienangehörigen der Opfer aus.*



Im letzten Jahr waren die Todesdrohungen gegen die MenschenrechtsverteidigerInnen und deren Familien durch verschiedene paramilitärische Gruppen die vorherrschende Modalität der Einschüchterung. Die Todesdrohungen gegen die Menschenrechtsorganisationen haben massiv zugenommen. Die stärkste Serie von Drohungen, Angriffen und Morden an MenschenrechtsverteidigerInnen, GewerkschaftlerInnen und sozialen Führungspersonen erfolgte in den ersten Monaten dieses Jahres zwischen Februar und April. Ausgelöst wurde sie durch die unverantwortlichen Äusserungen von José Obdulio Gaviria, dem wichtigsten Berater von Präsident Uribe. José Obdulio hatte vor Medien gesagt, die Kundgebungen vom 6. März 08, welche in Solidarität mit den Opfern von Staatsverbrechen und des Paramilitarismus organisiert wurden, seien

von der FARC-Guerilla einberufen worden. Diesen Verleumdungen folgten eine grosse Zahl von Todesdrohungen, Einschüchterungen und Morden an sozialen Führungsleuten und MenschenrechtsverteidigerInnen durch paramilitärische Gruppen, welche unter verschiedenen Namen auf nationaler Ebene operieren.

Doch die andauernde Mobilisierung der Opfer, die insistente Arbeit der Menschenrechtsorganisationen und die Solidarität verschiedener Kreise der internationalen Gemeinschaft in verschiedenen Ländern haben in den letzten Wochen zu wichtigen Erfolgen im Kampf gegen die Straflosigkeit geführt. Denn die überwältigende Mehrheit der schweren, massiven und systematischen Menschenrechtsverbrechen, welche die kolumbianische Realität seit Jahren prägen, verbleiben in der absoluten Straflosigkeit.

So konnten folgende Erfolge im Kampf gegen die Straflosigkeit verzeichnet werden: Die Verhaftung von Oberst Hernán Mejía, Kommandant des Bataillon La Popa, wiederholt für zahlreiche aussergerichtliche Hinrichtungen von Indigenen und Bauern im Norden Kolumbiens angeklagt; die Verhaftung von mehreren Militärs, welche der Beteiligung am Massaker von San José de Apartadó angeklagt sind; die Amtsenthebung von zwei Generälen der Polizei und zwei Sektionsdirektoren der Staatsanwaltschaft wegen ihrer Verbindungen mit paramilitärischen Chefs; die Amtsenthebung von Oberst Luis Francisco Medina, Kommandant der Spezialeinheiten der Armee aufgrund seiner vermuteten Verantwortung für die Ermordung von drei Gewerkschaftern im Dep. Arauca; und schliesslich wurde General Rito Alejo del Río zum 2. Mal verhaftet. Er wird als einer der wichtigsten Verantwortlichen für die Ausweitung des Paramilitarismus bezeichnet, was Tausende von Toten und Verschwundenen und massive Vertreibungen in der Region Urabá zur Folge hatte. Dies sind enorme Erfolge und eine grosse Hoffnung der Opfer von Staatsterrorismus und des Paramilitarismus im Kampf gegen die Straflosigkeit.

Die Anklagen, aufgrund derer diese hohen Staatsfunktionäre verhaftet worden sind, wurden von Präsident Alvaro Uribe, vom Vizepräsidenten Francisco Santos und anderen Behördenvertretern wiederholt in Abrede gestellt. Die Opfer wurden als Mitglieder der Guerilla und deren Familienangehörigen und die MenschenrechtsverteidigerInnen als Förderer einer Strategie zur Schädigung des Ansehens von Armee und Staat beschuldigt. Es wurde ihnen nicht geglaubt, dass sie allein Gerechtigkeit und Garantien für die Aufdeckung der Wahrheit und die Wiedergutmachung gegenüber den Opfern verlangten.

Die jüngsten Erfolge im Kampf gegen die Straflosigkeit zeigen, dass die Opfer, deren Familien und die MenschenrechtsverteidigerInnen Recht hatten. Die Begleitung von Hunderten von Gemeinschaften in ganz Kolumbien durch Menschenrechtsorganisationen hat zumindest bewirkt, dass der Landraub, die Auslöschung und der Horror von Übergriffen nicht noch grösser waren. Die Tatsache, dass bei diesen erwähnten Fällen von verhafteten Staatsbeamten, die von den Opfern und den MenschenrechtsverteidigerInnen eingeforderte Wahrheit über die Version der Verbrecher und ihrer staatlichen Komplizen gesiegt hat, scheint von ultrarechten Kreisen nicht akzeptiert zu werden. Eine neue Serie von Todesdrohungen, Einschüchterungen und direkten Angriffen auf MenschenrechtsverteidigerInnen und deren Organisationen sowie gegen soziale Führungsleute hat in diesen Tagen eingesetzt.

### ➤ **Neue Serie von Angriffen gegen die MenschenrechtsverteidigerInnen**

Die Drohungen gegen die Arbeit und das Leben der MenschenrechtsverteidigerInnen hat erneut einen kritischen Punkt erreicht. Die MenschenrechtsverteidigerInnen sind in den letzten Wochen Ziel von verschiedenen Strategien des schmutzigen Krieges gegen ihre Arbeit und ihre Integrität geworden. Dabei sind neue Formen des Angriffes auf ihre Arbeit aufgetaucht, mit direkter Mitverantwortung der Regierung, staatlicher Sicherheitsdienste und des Aussenministeriums, von Armeemitgliedern und Handlungen von Armeemitgliedern in Zusammenarbeit mit „demobilisierten“ Paramilitärs.

Diese Drohungen zielen auf die Sicherung der Straflosigkeit ab. Sie wollen das Schweigen und die Einschüchterung der Organisationen bewirken, welche die Wahrheit der systematisch verübten

Verbrechen ans Licht bringen und die Rechte der Opfer einfordern. Zudem soll die Justiz behindert und deren Zugriff auf die Verantwortlichen der zahllosen Verbrechen verhindert werden. So wurden viele Fälle den Richtern widerrechtlich entzogen und direkt hohen Regierungsfunktionären übertragen.

Die staatlichen Sicherheitsdienste haben diffamatorische Informationen an die Medien übermittelt und so eine moralische Lynchjustiz gegen verschiedene Personen und Menschenrechtsorganisationen lanciert. Die verleumderischen Aussagen gegen Héctor Mondragón, Berater und Verteidiger von indigenen, Bauern- und afrokolumbianischen Organisationen in der Zeitung *El Tiempo* vom 29. August 08 bilden eine gefährliche Aktion mit dem Ziel, die Arbeit von MenschenrechtsverteidigerInnen zu neutralisieren und sie zum Schweigen zu bringen. Héctor Mondragón wurde im Artikel von *El Tiempo* als Vertrauensperson der FARC hingestellt.

Wie in vielen Fällen zuvor, werden die vermeintlichen Informationen aus dem unerschöpflichen Reservoir des Computers von FARC-Chef Raul Reyes dazu benutzt, um die humanitären Anstrengungen zu kriminalisieren und jene zu verfolgen, welche sich an den Mediationsanstrengungen zur Erreichung von Friedensgesprächen beteiligt haben. Diese gleichen Informationen des PC von Raul Reyes werden jetzt auch als Mittel der Erpressung gegen die MenschenrechtsverteidigerInnen und FriedensaktivistInnen eingesetzt, um ihre Arbeit und die ihrer Organisationen anzugreifen. Damit sollen auch deren Anklagen gegen jene gestoppt werden, die mit kriminellen Methoden zu politischer Macht gekommen sind und von dort aus die Rechte der Bevölkerung verletzt und Strategien zur Garantierung ihrer Straflosigkeit voran getrieben haben. Auf der Grundlage illegaler Methoden staatlicher Sicherheitsdienste wurde die Nationale Vereinigung der Landarbeitenden FENSUAGRO und einige der Führungsleute angegriffen. Am 10. September 08 wurde die nationale Sekretärin von FENSUAGRO, Aidée Moreno, Ziel von Verfolgungen und Einschüchterungen. Später wurden die Ehefrau und die Kinder des Präsidenten von FENSUAGRO, Eberto Díaz Muñoz, ebenfalls verfolgt, bedroht und bedrängt und es wurde ihnen mitgeteilt, dass die Gewerkschaftsführung mit dem Tode bedroht sei.

Die Verbreitung von verleumderischen Informationen gegen Menschenrechtsorganisationen, wie sie von Sicherheitsdiensten und selbst dem Aussenministerium am 1. September in den TV-Nachrichten von CMI gegen MINGA gemacht wurde, bedeutet eine weitere schwere Verletzung der Verpflichtung des Staates, die Arbeit zur Verteidigung und Förderung der Menschenrechte zu respektieren und zu garantieren. MINGA waren Verbindung mit der Guerilla unterstellt worden. Auch in diesem Fall zogen es Regierungsbeamte aufgrund der Unmöglichkeit, ihre Anschuldigungen auf legalem Weg zu erhärten vor, sich die Medien für ihre Diffamierungen nutzbar zu machen. Kürzlich meinte die Direktorin des Sicherheitsdienstes DAS, die Vereinigung der Universitätsstudenten FEU und die Vereinigung der Studenten der Sekundarstufe FES, seien im PC des FARC-Führers Iván Ríos erwähnt, welcher ebenfalls im März 2008 getötet worden war. Weiter meinte sie, dies zeige die Verbindung von Mitgliedern dieser Studentenorganisationen mit der FARC.

Gleichzeitig wurden neue Modalitäten von Angriffen auf MenschenrechtsverteidigerInnen bekannt, so die kurzzeitigen Festhaltungen oder Versuche von Entführungen, verübt von paramilitärischen Gruppen, so gegen Yimmi Armando Jansasoy Muñoz, Menschenrechtsaktivist der Organisation Justicia y Paz. Er wurde am 3. September in Chigorodó in Urabá von Paramilitärs einige Zeit festgehalten und bedrängt. Gegen Yamith Acosta Jimenez, Führungsperson der kolumbianischen Studentenvereinigung ACEU, wurde am 2. September von Mitgliedern der Armee und Paramilitärs im internationalen Zentrum von Bogotá ein Entführungsversuch unternommen. Am 22. April 08 war Guillermo Rivera, Gewerkschaftsführer und Führungsmitglied des Demokratischen Alternativen Pol PDA entführt und vermutlich von Mitgliedern der Nationalpolizei zum Verschwinden gebracht worden. Am 15. Juli wurde seine Leiche mit Folterspuren aufgefunden; er war als N.N. in Ibagué begraben worden. Am 17. Februar 08 wurde das FENSUAGRO-Mitglied Mauricio Cubides, mit dem Tode bedroht und es wurde versucht, ihn zu verschleppen. Aufgrund dieser Drohungen musste er die Region verlassen.

Das Thema der aussergerichtlichen Hinrichtungen hat bei der internationalen Gemeinschaft einhellige Ablehnung und Verurteilung ausgelöst. Über 1'200 Fälle werden seit der Übernahme der Regierung

durch Präsident Uribe im Jahr 2002 direkt der Armee angelastet, die meisten davon unter der Modalität „falscher Erfolge“, d.h. von der Armee getötete Zivilpersonen werden als bei Kämpfen gefallene Guerilleros ausgegeben, um so Erfolge im Rahmen der Politik der „Demokratischen Sicherheit“ vorzuweisen. Die Anklagen der Menschenrechtsorganisationen und insbesondere die Resultate der Beobachtungsmission zu aussergerichtlichen Hinrichtungen und zur Straflosigkeit in Kolumbien, welche die massive und systematische Praxis dieser Form von Menschenrechtsverletzung konstatiert hat, sind zu einem neuen Risikofaktor für die Arbeit der MenschenrechtsverteidigerInnen geworden.

Am 9. September 08, dem Nationalen Tag der Menschenrechte, nutzte Verteidigungsminister Juan Manuel Santos seine Rede gegenüber den Medien und den versammelten Armeekommandanten dazu, den Bericht der Beobachtungsmission und die Koordination Kolumbien-Europa-USA zu diffamieren. In eigenartiger Weise äusserte der Verteidigungsminister zahlreiche Kritiken gegen einen Bericht, welcher noch gar nicht öffentlich erschienen ist<sup>1</sup>. Der Verteidigungsminister kündigte die baldige Veröffentlichung des Berichtes an, womit er Fragen darüber auslöste, wie das Verteidigungsministerium zu diesen Informationen gekommen ist, die vertraulich von den NGO's gehandhabt werden. Schon Tage zuvor zirkulierten in den Medien Anschuldigungen und Diffamierungen gegen die NGO's und sozialen Organisationen, in denen behauptet wurde, Sicherheitsdienste hätten festgestellt, dass „hinter dem Schlussbericht der Internationalen Beobachtungsmission über aussergerichtliche Hinrichtungen und Straflosigkeit in Kolumbien“ Personen stehen würden, welche mit dem PC3, der geheimen politischen Organisation der FARC in Verbindung stünden. Am 15. September 08 behauptete General Padilla de León, Generalkommandant der Streitkräfte, erneut vor den Medien, dass hinter diesen Anklagen gegen die aussergerichtlichen Hinrichtungen eine Strategie zur Schädigung des Ansehens der Armee stünde. In der gleichen Woche meinte der Kommandant der 4. Armeebrigade, General Juan Pablo Rodríguez, in der Zeitschrift *Semana*, dass die Berichte der NGO's mit einem „juristischen Krieg“ zu tun hätten, um die Moral der Truppen anzugreifen. „Da die Guerilla uns im militärischen Bereich nicht schlagen kann, versucht sie uns mit solchen Strategien zu neutralisieren“, meinten die Militärs gegenüber *Semana*.<sup>2</sup>

Der schlimmste Vorfall in dieser Serie von Angriffen war der Mord am Menschenrechtsaktivisten und Führungsperson des Comité de Integración del Macizo Colombiano CIMA, Ever González, am 20. September 2008 in der Gemeinde Bolívar im Dep. Cauca. Ever González war im Jahr 2000 dem Schutzprogramm des Innenministeriums zugeteilt worden und hatte seit 2003 Schutzmassnahmen der Interamerikanischen Menschenrechtskommission. Im Mai 2004 wurde er Opfer der Politik willkürlicher Verhaftungen und falscher Anschuldigungen. Dies erhöhte das Risiko für Ever González erneut. Das Gericht bestätigte jedoch seine Unschuld und stellte fest, dass seine Festnahme Produkt falscher Aussagen war. Im Moment seiner Ermordung war Ever González mit der Unterstützung der Aufklärung von einigen Fällen von aussergerichtlichen Hinrichtungen beschäftigt, welche in der Gemeinde Sucre im Jahr 2007 verübt worden waren. Er leistete diese Arbeit zusammen mit den Familienangehörigen der Opfer und der Ombudsstelle des Dep. Cauca.

Alle diese Vorkommnisse sind Hinweise auf eine vorsätzliche Politik, damit um jeden Preis und mit allen Mitteln verhindert wird, dass die erschreckend angestiegenen aussergerichtlichen Hinrichtungen nicht bekannt, angeklagt und vor der nationalen und internationalen Gemeinschaft sichtbar gemacht werden. Diese Vorkommnisse sind auch eine Warnung an die Menschenrechtsaktivisten und deren Organisationen und zielen darauf ab, zu verhindern, dass sich diese weiterhin mit dem Thema der aussergerichtlichen Hinrichtungen beschäftigen, welches sich als die Achillessehne der Politik der demokratischen Sicherheit erwiesen hat. Der Regierung ist es bisher nicht gelungen, ihren Willen zur definitiven Aussetzung dieser schwersten Menschenrechtsverletzungen in ihrer Strategie zur sozialen und militärischen Kontrolle über die Bevölkerung zu beweisen.

Die Strategie der Neutralisierung und Einschüchterung der Menschenrechtsorganisationen mittels Drohungen, Einschüchterungen und Angriffen durch die „Schwarzen Adler“ und andere

<sup>1</sup> <http://alpha.mindefensa.gov.co/index.php?page=181&id=7644&PHPSESSID=d5d171c177cc48f873f6d2b1d8e5751b>

<sup>2</sup> [http://www.semana.com/wf\\_InfoArticulo.aspx?IdArt=115373](http://www.semana.com/wf_InfoArticulo.aspx?IdArt=115373)

paramilitärische Gruppen ist erneut mit aller Kraft reaktiviert worden. Mitglieder des Operativkomitees der Koordination Kolumbien-Europa-USA und anderer Menschenrechtsorganisationen sind aktuell mit dem Tode bedroht, so in Barranquilla, Cali, Barrancabermeja und Medellín. Eine paramilitärische Gruppe bedrohte mittels e-mail das Solidaritätskomitee mit den Politischen Gefangenen CSPP, das Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo, Andas, Anthoc, MINGA, Reiniciar, Fenacoa, CUT und FENSUAGRO. Im gleichen mail wurden auch die folgenden MenschenrechtsverteidigerInnen oder sozialen Führungspersonen bedroht: Angel Salas, Juan Mendoza, Miguel Bobadilla, Eberto Diaz, Luis Sandoval, Omar Hernández, Viviana Ortiz, Albeiro Betancourt, Gilberto Martínez, Alvaro Londoño und Yesid Camacho. In einer anderen Meldung, welche am 17. September einging, bedrohte ein „Comando Carlos Castaño Vive“ Nelson Berrio und Hernando Hernández, Domingo Tovar, Rafael Cabarcas, Rodolfo Vecino und Lenin Fernandez mit dem Tod. Alle diese Personen sind soziale Führungsleute oder Gewerkschafter und gehören Organisationen an, welche Mitglied der Ständigen Friedensversammlung, der Gewerkschaften USO oder CUT sind.

### ➤ **Aufruf an die Behörden und die internationale Gemeinschaft**

Dieses Klima der Drohung gegen die Arbeit der MenschenrechtsverteidigerInnen schafft keine günstigen Bedingungen für die Verhandlungen mit der Regierung über Menschenrechtsthemen und ist zu einem der grössten Hindernisse für die Anstrengungen der Zivilgesellschaft zur Konkretisierung des Nationalen Menschenrechts-Aktionsplan geworden. Die Regierung zeigt keinerlei Willen, den NGO's die notwendigen Garantien für ihre Arbeit zu geben. Im Gegenteil, diese Angriffe, Anschuldigungen und Drohungen sind immer mehr Teil einer offiziellen Politik gegenüber den MenschenrechtsverteidigerInnen.

Angesichts dieses Klimas der Drohung und Einschüchterung und des Einsatzes illegaler Methoden durch die Regierung, um die Arbeit der MenschenrechtsverteidigerInnen anzugreifen, haben die Friedens- und Menschenrechts-Plattformen am 9. September 08 vor den Medien an den Präsidenten die Forderung gerichtet, diese Aggressionen einzustellen und die Sicherheitsdienste anzuweisen, ihre Angriffe zu stoppen. Staatsanwaltschaft und die Justizbehörden wurden aufgerufen, die Verantwortlichen dieser Angriffe ausfindig zu machen und gegen die völlige Straflosigkeit der Aktionen von paramilitärischen Gruppen in verschiedenen Regionen des Landes vorzugehen. In Übereinstimmung mit den Empfehlungen der UNO verlangten die beiden Plattformen vom Ministerium für Öffentliches Effizienz bei der Revision der Geheimdienstarchive und die Aufnahme von disziplinarischen Ermittlungen wegen des illegalen und verleumderischen Gebrauchs dieser Geheimdienstinformationen.

„Die Regierung“, schreiben die beiden Plattformen, „muss effiziente Massnahmen zur Schaffung von Bedingungen ergreifen, damit die Arbeit der Verteidigung und Förderung der Menschenrechte garantiert ist und umfassende Garantien für das Leben und die Unversehrtheit der MenschenrechtsverteidigerInnen bieten und die Legitimität ihrer Arbeit anerkennen.“

Die verschiedenen Plattformen von Menschenrechts-, sozialen und Friedensorganisationen – Alianza, Asamblea Permanente por la Paz, Koordination Kolumbien-Europa-USA und die Plattform Menschenrechte, Demokratie und Entwicklung – riefen die internationale Gemeinschaft, die internationalen Menschenrechtsorganisationen und die Regierungen auf, im Rahmen der Allgemeinen Periodischen Prüfung, welcher Kolumbien am 10. Dezember 2008 im Rahmen des Menschenrechtsrates unterzogen wird, die Einhaltung der Menschenrechtsverpflichtungen durch die kolumbianische Regierung, die Garantierung der Arbeit der Menschenrechtsorganisationen und die Rechte der Opfer auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die volle Gültigkeit der Normen eines sozialen Rechtsstaates einzufordern.

## **2. Chronologie: 1. – 15. September 2008**



## 2. September

Die Aufsichtsbehörde der Nation forderte den Obersten Gerichtshof auf, die Archivierung der Ermittlungen im Fall von General Rito Alejo del Río nicht zuzulassen. Gegen General Rito Alejo wird wegen seiner Aktivitäten als Kommandant der 17. Armeebrigade in der Region Urabá ermittelt. Rito Alejo war zu der gleichen Zeit Kommandant dieser Brigade, als der jetzige Präsident Uribe Gouverneur des Dep. Antioquia war, zu dem die Region Urabá gehört. Verschiedene paramilitärische Chefs (Salvatore Mancuso, Ever Velosa alias HH und andere) hatten General Rito Alejo als ihre wichtigste Stütze bei den zahlreichen Massakern und als ihren wichtigsten Verbündeten bei den Verbrechen bezeichnet, so bei gewaltsamen Vertreibungen, Entführungen und Morden an vielen BewohnerInnen von San José de Apartadó, Dabeiba, Vigía del Fuerte, Pavarandó und anderen Orten des Cacarica-Flusses. Das Urteil, die Ermittlungen gegen General Rito Alejo einzustellen, war am 9. März 2004 vom früheren Generalstaatsanwalt und heutigen Botschafter in Mexiko, Luis Camilo Osorio, angeordnet worden. Osorio hatte in seiner Funktion als Generalstaatsanwalt den Freispruch oder die Einstellung der Ermittlungen gegen paramilitärische Chefs und hohe Staatsbeamte wegen massiven Menschenrechtsverletzungen angeordnet.

[http://www.eltiempo.com/colombia/justicia/2008-09-02/procuraduria-pide-reabrir-caso-contra-general-r-rito-alejo-del-rio-por-paramilitarismo\\_4495257-1](http://www.eltiempo.com/colombia/justicia/2008-09-02/procuraduria-pide-reabrir-caso-contra-general-r-rito-alejo-del-rio-por-paramilitarismo_4495257-1)

## 3. September

Die Staatsanwaltschaft verlangt die Festnahme von Oberstleutnant Orlando Espinoza Beltrán und von Major José Fernando Castaño López wegen der Beteiligung am Massaker von San José de Apartadó. Beide waren Mitglied der 17. Armeebrigade. Das Massaker wurde am 21. Februar 2005 verübt, wobei fünf Erwachsene und drei Kinder ermordet wurden. Wegen des gleichen Massakers wurden bereits sechs Militärs verhaftet, welche zusammen mit paramilitärischen Einheiten am Massaker beteiligt waren.

<http://www.elespectador.com/noticias/judicial/articulo-aseguran-dos-oficiales-presunta-participacion-masacre-de-apartado>

Die Aufsichtsbehörde der Nation ordnete die Amtsentlassung von Oberst Luis Francisco Medina sowie der Hauptleute Luis Eduardo Castillo Arbelaez und Hizardo Alberto Bravo Zambrano, des Unteroffiziers Juan Pablo Ordoñez Cañon und von zwei Berufssoldaten wegen ihrer Beteiligung an der Ermordung von drei Gewerkschaftsführern am 4. August 2004 im Dep. Arauca an. Gegen alle wurde ein 20-jähriges Verbot zur Ausübung öffentlicher Ämter ausgesprochen. Die Angeklagten hatten in ihrer Funktion als Armeebeamte ein Haus in Caño Seco in Saravena durchsucht, die drei Gewerkschafter mit erhobenen Händen in den Hof ihres Hauses beordert und dort erschossen. Danach hatten sie diese als bei Gefechten gefallene Guerilleros des ELN ausgegeben. Diese Version wurde von der Staatsanwaltschaft als falsch entlarvt. Oberst Medina war zum Zeitpunkt des Massakers Kommandant der Mechanisierten Einheit No. 18 „General Gabriel Revéiz Pizarro“, welche in diesem Gebiet des Dep. Arauca operierte. Der jetzt seines Amtes enthobene Oberst Medina war zum Kommandanten der Spezialeinheiten der Armee ernannt worden.

[http://www.semana.com/wf\\_InfoArticulo.aspx?idArt=114940](http://www.semana.com/wf_InfoArticulo.aspx?idArt=114940)

## 4. September

General Rito Alejo del Río wurde von der Generalstaatsanwaltschaft festgenommen, um wegen der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen wegen Mord, Vertreibung und Landraub auszusagen. General Rito Alejo verübte diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit während er Kommandant der 17. Armeebrigade war. General Rito Alejo ist einer der wichtigsten Verbündeten des jetzigen Präsidenten Alvaro Uribe, der damals Gouverneur des Dep. Antioquia gewesen war. Gegen Rito Alejo liegen verschiedene Beweise vor, die ihn als einen der wichtigsten Förderer des Paramilitarismus belasten und die bedeutendsten paramilitärischen Chefs haben seine „Verdienste“ bei der Ausweitung und Konsolidierung des paramilitärischen Projektes in Urabá und dem Unterlauf des Atrato-Flusses anerkannt und gelobt. Das paramilitärische Vorgehen forderte Tausende von Toten und Verschwundenen und führte zu massiven Vertreibungen. Im April 1999, kurz nachdem Präsident Andrés Pastrana den Abgang von Rito Alejo aus der Armee angeordnet und die USA ihm das Visum entzogen hatten, organisierten mehrere Unternehmer und politische Führungsleute eine Ehrung für

General Rito Alejo im Hotel Tequendama in Bogotá. Der jetzige Präsident Uribe war der Hauptredner und mehr als 1500 Personen boten Rito Alejo „eine Bezeugung ihrer Dankbarkeit“ dar und lobten ihn als „ein gutes Beispiel für die Soldaten und Polizisten Kolumbiens“

[http://www.semana.com/wf\\_InfoArticulo.aspx?idArt=115172](http://www.semana.com/wf_InfoArticulo.aspx?idArt=115172)

## 5. September

Der UNO-Sonderberichterstatter für die Unabhängigkeit der Justiz, Leandro O. Despouy, zeigte sich bei seinem Besuch in Kolumbien besorgt über die Situation der Justizbehörden, die Opfer zahlloser Angriffe durch die Regierung geworden sind. Er meinte, er vertraue darauf, dass die Einleitung von UNO-Massnahmen nicht nötig sein werde. Eine Woche zuvor hatte der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes gesagt: „Wenn die Richter die Fähigkeit für Ermittlungen nicht haben oder die Ermittlungen nicht durchführen können, könnte ich eine Intervention (des Internationalen Strafgerichtshofes) in Erwägung ziehen.“

[http://www.eltiempo.com/colombia/justicia/2008-09-06/ya-son-dos-los-organismos-internacionales-que-ponen-los-ojos-en-pelea-entre-corte-suprema-y-gobierno\\_4503741-1](http://www.eltiempo.com/colombia/justicia/2008-09-06/ya-son-dos-los-organismos-internacionales-que-ponen-los-ojos-en-pelea-entre-corte-suprema-y-gobierno_4503741-1)

## 8. September

General Jesus Antonio Gómez Méndez, bisheriger Kommandant der 4. Polizeiregion, welche die Dep. Valle, Cauca und Nariño umfasst, wurde seines Amtes enthoben, nachdem Telefongespräche und eine vermeintliche Teilnahme an einem Treffen mit Leuten im Dienste des nationalen Chefs des paramilitärischen Netzwerkes „Aguilas Negras“, Diego Rendón Herrera alias *Don Mario*, bekannt geworden waren. Wegen ähnlicher Verwicklungen war zwei Wochen zuvor General Marco Antonio Pedreros, Kommandant der 6. Polizeiregion zurückgetreten. Er war für die Dep. Antioquia, Córdoba, Chocó und die Region von Urabá zuständig gewesen. Aus ähnlichen Gründen wurden auch die Sektionschefs der Staatsanwaltschaften des Dep. Antioquia (Guillermo León Valencia Cossio, Bruder des derzeitigen Innen- und Justizministers) und des Dep. Córdoba, Perla Dávila, ihres Amtes enthoben.

[http://www.eltiempo.com/colombia/justicia/2008-09-08/general-jesus-antonio-gomez-mendez-a-calificar-servicios-por-presuntos-nexos-con-narco-don-mario\\_4518657-1](http://www.eltiempo.com/colombia/justicia/2008-09-08/general-jesus-antonio-gomez-mendez-a-calificar-servicios-por-presuntos-nexos-con-narco-don-mario_4518657-1)

## 9. September

Am nationalen Tag der Menschenrechte lancierte Verteidigungsminister Juan Manuel Santos im Club der Militärs und vor den Kommandanten der verschiedenen Abteilungen der Streitkräfte schwere Angriffe gegen die Koordination Kolumbien-Europa-USA. Diese wolle „die falsche Behauptung verkaufen, dass die schlecht genannten aussergerichtlichen Hinrichtungen eine Politik der Streitkräfte und dieser Regierung“ seien. Der Minister griff die „Verantwortungslosigkeit“ der Koordination Kolumbien-Europa-USA an, welche „der Welt glauben machen will, dass es in Kolumbien eine vorsätzliche Politik zur systematischen und generalisierten Verübung von Hinrichtungen gibt und um diese Verbrechen in der Straflosigkeit zu belassen“. Zwei Tage zuvor zirkulierte in verschiedenen Medien ein Schreiben, in dem behauptet wurde, die Geheimdienste hätten festgestellt, dass „hinter dem Schlussbericht der Internationalen Beobachtungsmission über aussergerichtliche Hinrichtungen und Straflosigkeit in Kolumbien Personen des PC3, der politischen Organisation der FARC, stehen“. An einer Pressekonferenz haben die verschiedenen Menschenrechts- und Friedensplattformen die Respektierung ihrer Arbeit und Garantien für ihre Weiterarbeit verlangt. Gleichzeitig klagten sie die Straflosigkeit und die Menschenrechtsverletzungen an.

<http://www.mindefensa.gov.co/index.php?page=181&id=7644&PHPSESSID=81557318ee983702071e615db2d082b6>

Der Oberste Gerichtshof klagte den Kongressabgeordneten Teodolindo Avendaño der illegalen Bereicherung und der Bestechung an. Der Kongressabgeordnete hatte sich entschieden, der Abstimmung im Kongress über die Verfassungsreform zur Zulassung der unmittelbaren Wiederwahl des aktuellen Präsidenten fernzubleiben. Dafür erhielt er als Gegenleistung ein Notariat in Bogotá, das er vermutlich gegen 220 Mio. Pesos wieder verkaufte. „Es ist erwiesen“, heisst es in der Anklage, „dass der Kongressabgeordnete Teodolindo Avendaño ohne rechtmässigen Grund Gelder in der Höhe

von 200'604'000 Pesos erhielt, Produkt des Verkaufs eines Notariats, das er als Pfründe dafür erhalten hatte, dass er sich vor der Abstimmung entfernt hatte.“ Teodolindo hatte öffentlich gesagt, er werde gegen die Verfassungsänderung stimmen, verschwand jedoch im entscheidenden Moment aus dem Kongressaal. Die Minister des jetzigen Präsidenten Uribe, welche die Pfründe angeboten hatten und dank deren die Wiederwahl von Uribe möglich wurde, sind weiterhin in ihren Ämtern.

[http://www.eltiempo.com/colombia/justicia/2008-09-12/teodolindo-avendano-vendio-notaria-que-recibio-por-la-reeleccion-afirmo-la-corte-suprema\\_4525012-1](http://www.eltiempo.com/colombia/justicia/2008-09-12/teodolindo-avendano-vendio-notaria-que-recibio-por-la-reeleccion-afirmo-la-corte-suprema_4525012-1)

## 15. September

Der kolumbianische Botschafter in der Dominikanischen Republik, Juan José Chauz, musste von seinem Posten zurücktreten, als seine engen Verbindungen mit dem paramilitärischen Chef Antonio López, alias *Job* und Stellvertreter von Diego Fernando Murillo, alias *Don Berna*, bekannt wurden. Die Medien gaben bekannt, dass Chauz bei einem geheimen Treffen am 23. April 2008 im Präsidentenpalast teilgenommen hatte, bei dem der Paramilitär Job und ein weiterer Gesandter von Don Berna sich mit dem Rechtssekretär und dem Pressesekretär von Präsident Uribe trafen. Ziel des Treffens bestand darin, von den Paramilitärs Beweismaterial zu bekommen, um die Richter des Obersten Gerichtshofes illegaler Aktionen zu beschuldigen, obwohl keinerlei illegale Machenschaften vorliegen und diese Beweise nie existierten. Die Medien berichteten auch über Telefongespräche in denen Botschafter Chauz den Paramilitär Job bittet, sich für ihn einzusetzen, damit der paramilitärische Chef Ever Veloza, alias *HH*, nicht gegenüber der Staatsanwaltschaft aussage, die Paramilitärs hätten Chauz bei seiner Wahl als Gouverneur des Dep. Cauca im Jahr 2004 unterstützt.

<http://www.elespectador.com/noticias/politica/articulo-escandalo-de-alias-job-renuncia-embajador-juan-jose-chaux>

Rund 32'000 Zuckerrohrschneider und Arbeitende der Ethanolproduktion traten in den Streik um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu verlangen. Um die Arbeitsgesetzgebung zu umgehen und ihnen tiefe Löhne zu bezahlen, werden die Zuckerrohrschneider und die Arbeitenden in diesem Bereich gezwungen, sich in sogenannten „Arbeitskooperativen CTA“ zusammen zu schliessen. Die Arbeitenden sind dann vermeintlich Teilhaber und Besitzer dieser Kooperativen. So werden sie Arbeitsbedingungen unterworfen, welche an Halbsklaverei grenzen, müssen während 14 Stunden am Tag arbeiten für einen Lohn von weniger als 200 US-Dollar im Monat. Ethanol, aus Zuckerrohr produzierter Agrotreibstoff, wird unter Bedingungen der Halbsklaverei hergestellt. Die Ethanolproduktion wird von sieben Firmen dominiert. Ethanol bildet eines der Hauptprodukte, welches der kolumbianischen Staat auf dem internationalen Markt mittels Handelsabkommen mit der Europäischen Union und dem Bilateralen Freihandelsabkommen mit den USA breit anbieten will.

<http://www.elespectador.com/noticias/nacional/articulo-32000-cortadores-de-cana-estan-huelga>